



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: SGA/03/2025
Sitzungsdatum: Donnerstag, 08.05.2025	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 17:37 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Petra Kleine	
Ausschussmitglieder	
Frau Stadträtin Brigitte Mader	
Herr Stadtrat Robert Schidlmeier	
Frau Stadträtin Stephanie Kürten	
Herr Stadtrat Hans-Joachim Werner	
Frau Stadträtin Petra Volkwein	
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	
Herr Stadtrat Dr. Christoph Spaeth	Vertretung für Stadträtin Segerer
Herr Stadtrat Karl Ettinger	
Herr Stadtrat Oskar Lipp	Vertretung für Stadtrat Rehm
Herr Stadtrat Georg Niedermeier	
Frau Stadträtin Francesca Pane	
Berufsmäßige Stadträte	
Herr Isfried Fischer	
Verwaltung	
Herr Thomas Schneider	Stabsstelle Strategien Klima, Biodiversität und Donau
Frau Astrid Grundbrecher	Gesundheitsamt
Frau Silvia Leithner	Bürgerhaus

Frau Wiltrud Nosse	Bürgerhaus
Medien im öffentlichen Teil der Sitzung	
Herr Johannes Hauser	Donaukurier
Entschuldigt	
Frau Stadträtin Angela Mayr	
Herr Stadtrat Lukas Rehm	
Frau Stadträtin Maria Segerer	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	2
1 . Hitzeaktionsplan Ingolstadt (Referentin: Bürgermeisterin Kleine) Vorlage: V0225/25	2
2 . 20 Jahre Bürgerhaus (Mündlicher Bericht Frau Leithner und Frau Nosse)	10

Bürgermeisterin Kleine eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien ordnungsgemäß geladen wurde und 12 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Danach gibt der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

Beratend

- 1 . Hitzeaktionsplan Ingolstadt
(Referentin: Bürgermeisterin Kleine)
Vorlage: V0225/25**

Antrag:

1. Der Hitzeaktionsplan (HAP) der Stadt Ingolstadt wird bekannt gegeben.
2. Der Hitzeaktionsplan wird sowohl innerhalb der Stadtverwaltung als auch in der Öffentlichkeit kommuniziert und im Rahmen der personellen und finanziellen Möglichkeiten umgesetzt und aktualisiert.

Bürgermeisterin Kleine erläutert, dass es notwendig sei, den Hitzeaktionsplan heute zu diskutieren, da die nächste Stadtratssitzung erst im Juni stattfinde und bis dahin die ersten Hitzetage vermutlich schon vergangen seien.

Stadtrat Ettinger hakt nach, wieso dieses Thema im Sozialausschuss besprochen werde.

Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass beim Hitzeaktionsplan der Schwerpunkt auf Gesundheit und Wohlbefinden liege. Der Aktionsplan Hitze sei ein Teil des Klimaanpassungskonzepts der Stadt. Der Plan soll den richtigen Fokus setzen, da die Hitze zunehmend zu Problemen führe, insbesondere für ältere, kranke und schwache Menschen. Einige wesentliche Maßnahmen, wie beispielsweise Trinkwasserbrunnen sind ja bereits umgesetzt. Der Plan integriere bayern- und bundesweite Empfehlungen für Kommunen und Akteure vor Ort.

Die Verantwortlichen, darunter Herr Schneider, Frau Scheder und Frau Grundbrecher, haben den Plan in den letzten Monaten erarbeitet und mehrfach überarbeitet, auch im Hinblick auf Haushaltskonsolidierung und personelle Ressourcen. Dabei sei geprüft worden, welche Aufgaben die Stadt übernehmen müsse und wo Eigenverantwortung der Akteure gefragt sei. Man habe den Plan an die Verwaltung und die finanzielle Situation angepasst und bitte die Stadtratsmitglieder, den Plan kritisch zu lesen und gerne eigene Vorschläge einzubringen oder Prioritäten zu setzen.

Herr Schneider erklärt den Hitzeaktionsplan anhand einer PowerPoint-Präsentation. Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Stadtrat Dr. Späth zeigt sich erfreut darüber, dass die Maßnahmen noch rechtzeitig für dieses Jahr starten können. Gegen die Hitze selbst könne man zwar nichts tun, aber man könne etwas für die Gesundheit der Bevölkerung bewirken. Er betont, dass es wichtig sei, sowohl für sich selbst als auch für die Patienten sensibilisiert zu sein. Die Aktion sei daher sehr wichtig, und es reiche nicht aus, sie einmalig durchzuführen, sondern man müsse jedes Jahr daran erinnern. Im ärztlichen Bereich gäbe es bereits Initiativen, und man müsse stets daran denken, dass mit der Hitze Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen zunehmen und die Medikation entsprechend angepasst werden müsse. Er ist zuversichtlich, dass man auf einem guten Weg sei und alle davon profitieren. Ebenso entlaste man dadurch das Klinikum Ingolstadt als städtisches Krankenhaus, indem dafür gesorgt werde, dass Patienten möglichst zu Hause bleiben können und den Sommer trotz der Hitze genießen können.

Stadtrat Werner erinnert daran, dass der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion bereits vom 8. November 2018 stamme und bedankte sich bei Frau Bürgermeisterin Petra Kleine, die das Thema Hitzeaktionsplan in dieser Amtsperiode engagiert vorangetrieben habe. Er betont die große Bedeutung des Themas, da das Robert Koch-Institut für 2023 rund 3.200 Hitzetote ermittelt habe und die Dunkelziffer vermutlich noch höher liege, da vor allem gesundheitlich vorbelastete Menschen betroffen seien. Deshalb sei Aufklärung der Bevölkerung essenziell, was auch im aktuellen Hitzeaktionsplan einen Schwerpunkt bilde. Er zeigte sich erfreut, dass die sechs im ursprünglichen Antrag genannten Punkte berücksichtigt wurden und darüber hinaus weitere Maßnahmen geplant seien. Auch wenn die Maßnahmen Kosten verursachen, müsse Gesundheitsschutz in Zeiten der Haushaltskonsolidierung Priorität haben. Er sehe keine finanziellen Überforderungen in der Vorlage und appellierte, das Thema nicht am Geld scheitern zu lassen.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass intern überlegt worden sei, aus Spargründen, bestimmte Brunnen, die keine Trinkwasserspender seien, zu schließen, wolle dies aber doch nicht tun, da diese kleinen Oasen zur Abkühlung beitrügen. Im Rahmen der Sparüberlegungen spielen Brunnen und Trinkwasserspender eine Rolle, da sie Kosten verursachen und immer wieder zwischen Sparliste und To-Do-Liste hin- und hergeschoben werden. Deshalb halte Bürgermeisterin Kleine es für wichtig, dass aus dem Stadtrat ein positiver Impuls komme. Stadtrat Niedermeier führt aus, dass die UWG-Fraktion drei Anträge eingereicht habe. Zum einen soll die Anzahl der Spielplätze mit Trinkwasserbrunnen erhöht werden, zum anderen sollen Pausenhöfe nach dem Vorbild Kölns entsiegelt und begrünt werden. Zudem soll die Hitzeresilienz von Spielplätzen durch Beschattung und Wasserelemente verbessert werden. Ihm sei unklar, ob die Anträge bereits weitergeleitet oder berücksichtigt worden seien. Man könne sie aber auch aus der Planung herausnehmen.

Bürgermeisterin Kleine berichtet, dass die Anträge zum Klima-Anpassungskonzept bekannt seien und sorgfältig bearbeitet wurden, da es sich um klassische Klimaanpassungsmaßnahmen handele, die mit Stellungnahmen bewertet worden seien. In der letzten Planungsausschusssitzung habe man zudem erneut über Verschattung und Hitzeresilienz gesprochen, was in der Zuständigkeit der Stadtplanung und des Gartenamts liege, die die Anträge geprüft und bewertet haben. Der Schwerpunkt liege nun etwas stärker auf Brunnen und Trinkwasserspendern, da man um die Bedeutung und den harten Kampf um finanzielle Mittel wisse und deshalb diese Unterstützung wichtig sei.

Stadtrat Niedermeier hofft, dass trotz des Geldmangels eine oder zwei dieser Maßnahmen umgesetzt werden.

Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass auf Spielplätzen kaum Sonnensegel zur Schattenspende verwendet werden, da diese recht anfällig seien. Stattdessen setze man auf Grünplanung und natürliche Beschattung. Man solle auch z.B. bei starker Sonne nicht mittags nach draußen gehen, sondern müsse die Aufenthaltszeiten auf die frühen Morgenstunden oder andere Tageszeiten verlegen. Diese Verhaltensanpassung sei die beste Fürsorge für sich selbst.

Stadträtin Pane ist sehr erfreut über die Trinkwasserspender, da man so seine eigene Flasche in der Stadt auffüllen könne, was gerade bei Hitze wichtig sei. Schattenplätze seien ebenfalls bedeutend. Sie erwähnt, dass in der letzten Stadtratssitzung der Wasserspielplatz im Park aus Haushaltsgründen abgelehnt worden sei. Dies sei ihrer Meinung nach sehr schade, da es im Nordwesten keine Möglichkeit zur Abkühlung gebe. Trotz der hohen Unterhaltskosten regte Stadträtin Pane an, kostengünstigere Alternativen wie einen Hydranten oder eine Wasserinstallation zu prüfen, damit vor allem Kinder sich im Sommer abkühlen können.

Bürgermeisterin Kleine bedankt sich für die Anregung.

Stadträtin Mader betont die Notwendigkeit, den Menschen das Thema näherzubringen, insbesondere jungen Müttern, Eltern und älteren Menschen. Sie schlägt vor, dies in Arztpraxen, Bürgerhäusern, Kitas und Schulen zu tun, da es dort bereits Hitzeschutzkonzepte gebe. Allerdings äußerte sie die Sorge, dass es schwierig sei, die Menschen dauerhaft zu erreichen und zu sensibilisieren. Des Weiteren möchte Stadträtin Mader wissen, ob bereits zielgruppenspezifisches Informationsmaterial vorliege, wie es verteilt werde und was damit geschehe.

Frau Grundbrecher betont, dass man beim Hitzeschutz und Hitzeaktionsplan nicht erst am Anfang stehe, sondern bereits länger aktiv sei. So werde in Grundschulen mit der Aktion „Sonne mit Verstand“ aufgeklärt, um Primärprävention gegen Hautkrebs zu fördern. Dabei setze man auf Quiz und Vorlesungen, um Kinder und auch deren Eltern für Sonnenschutz zu sensibilisieren. Zudem pflege man langjährige Kontakte zu Pflegeeinrichtungen, um dort auf geeignete Kleidung, ausreichende Flüssigkeitszufuhr und leichte Ernährung, etwa mit Melone und Gurke zu achten. Viele dieser Maßnahmen seien im Hitzeaktionsplan dokumentiert. Das Gesundheitsamt arbeite zudem eng mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (jetzt BIG)

zusammen und integriere das Thema in Beratungskontexte, etwa in der Schwangerenberatung. Neue Formate wie „Walk and Talk“ richteten sich an junge Familien und behandelten neben Hitze auch weitere Gesundheitsthemen. Insgesamt sei man also weit über die geplanten Maßnahmen hinaus aktiv.

Stadträtin Mader möchte des Weiteren wissen, ob es eine Broschüre für Senioren gebe.

Frau Grundbrecher berichtet, dass es bereits Informationsmaterialien zu den Themen Hitze und Sport sowie Hitze und Senioren gebe. Diese Flyer und Informationen seien schon beim letzten Stadtratsauftakt im vergangenen Jahr vorgestellt worden. Man bemühe sich, die Materialien gezielt und adressatengerecht zu verteilen.

Stadträtin Mader ist der Ansicht, dass die Informationen an die Seniorengemeinschaften weitergegeben werden sollen, da diese in vielen Stadtteilen vertreten seien und sie sicher sei, dass die Senioren großes Interesse daran hätten. Weiter betont sie, wie schwierig die Sommerzeit für Senioren zu Hause sein könne, besonders bei großer Hitze am Nachmittag. Außerdem erkundigt sie sich nach den Kosten für das Engagement von Grün Adept im Bereich Klimaanpassung, da die Maßnahmen sehr sinnvoll seien und die Inhalte interessant.

Herr Schneider teilt mit, dass es sich um ca. 9.900 Euro handle.

Bürgermeisterin Kleine führt aus, dass man sich gemeinsam dazu entschieden habe, externe Hilfe in Anspruch zu nehmen, da das Gesundheitsamt über viele Monate personell stark unterbesetzt gewesen und zudem für andere Aufgaben zuständig gewesen sei. Die Unterstützung sei notwendig gewesen, um die Arbeitsbelastung zu verringern. Es habe ein Konzept gegeben, das aus fachlicher Sicht geprüft worden sei, wobei viele Vorschläge bereits umgesetzt oder als sinnvoll bewertet worden seien.

Frau Grundbrecher merkt an, dass sie die Situation nicht so dramatisch darstellen wolle, doch man sei noch in der Pandemie gewesen und es seien keine personellen Ressourcen für das Thema vorgesehen gewesen. Die Begleitung durch Green Adept habe jedoch wertvolle Impulse geliefert, da diese mit einer Außenperspektive an die Sache herangegangen seien und viele Kommunen betreuen. Dadurch sei die Qualität des Prozesses gesteigert worden.

Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass die Stadtteiltreffs in den Stadtteilen mit aufsuchender Seniorenarbeit aktiv seien und das Thema Hitzeschutz auf ihrer Agenda

haben. Besonders an heißen Tagen würden sie gezielt Seniorinnen und Senioren betreuen, die keine Angehörigen in der Nähe haben oder wenig das Haus verlassen. Das Thema sei auch ins Bürgerhaus und die Seniorenarbeit integriert worden und habe derzeit hohe Priorität. Zudem werde am kommenden Gesundheitstag das Motto „Cool bleiben an heißen Tagen“ ein Thema sein. Sie hofft, dass der Hitzeschutz zur Routine werde.

Stadtrat Lipp berichtet, dass die AfD-Stadtratsfraktion bereits 2023 einen Antrag zu Sprühnebelanlagen gestellt habe, dieser aber abgelehnt worden sei. Die Verwaltung habe damals erklärt, ein Baum habe eine etwa 50-fach stärkere Wirkung, müsse aber erst wachsen. Er erkundigt sich, ob seitdem Maßnahmen umgesetzt worden seien, da inzwischen eineinhalb Jahre vergangen seien. Außerdem lobte er die geplanten Trinkwasserspender und Hinweise in den städtischen Zeitungen. Weiter möchte er wissen, welche weiteren Kosten neben der Studie von etwa 10.000 € künftig entstehen könnten, etwa für Personal oder Verwaltungsbürokratie. Zudem fragte er, ob Informationen nur auf der Homepage oder auch über Apps wie Katwarn oder Nina veröffentlicht werden, oder ob eine eigene App geplant sei.

Herr Fischer erklärt, dass der Hitzeaktionsplan zunächst mit vorhandenem Personal umgesetzt werden soll, indem die Koordinierungsstelle in der Stabsstelle Klima angesiedelt werde. Er betont, dass trotz des geplanten Personalabbaus bei der Stadtverwaltung neue Prioritäten wie der Hitzeschutz nicht ignoriert werden dürfen und Aufgaben entsprechend umverteilt werden müssen. Herr Fischer ist der Meinung, dass eine eigene Koordinierungsstelle nur für den Hitzeaktionsplan zwar besser wäre, sei aber aktuell nicht vorgesehen. Außerdem führt er aus, dass zur Digitalisierung keine eigene App entwickelt werde, sondern Warnmeldungen des Deutschen Wetterdienstes genutzt werden sollten, was den Personalaufwand minimiere. Falls bestimmte Zielgruppen digital schwer erreichbar seien, müssten Informationen gegebenenfalls analog verteilt werden, was zusätzliche Druck- und Portokosten verursachen könne. Abschließend äußerte er Zustimmung zum Vorschlag von Stadträtin Mader über Seniorengemeinschaften zu kommunizieren, und wies darauf hin, dass bei Lücken eventuell postalisch nachgearbeitet werden müsse.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass der Sprühnebel aktuell untersucht werde, ob dieser am Schliffelmarkt getestet werde.

Frau Grundbrecher erklärt, dass das Gesundheitsamt zu seiner Expertise befragt worden sei und man sich damals neutral bis restriktiv geäußert habe, weil bekannt

sei, dass Sprühvernebler zur Verkeimung neigen. Allerdings sei bisher nicht belegt, dass daraus tatsächlich Infektionen entstanden seien. Daher werde um Vorsicht und Vorsorge gebeten.

Bürgermeisterin Kleine denkt, dass dazu im Stadtrat noch einmal darüber gesprochen werden soll.

Stadtrat Werner weist darauf hin, dass das Thema Ozonbelastung und Hitze nicht neu sei, da bereits vor 20 Jahren Warnungen an heißen Tagen im Radio gegeben wurden. Neu sei jedoch, dass nun ein Gesamtkonzept mit 24 Einzelmaßnahmen entwickelt werde, das alle Beteiligten vernetze. Besonders begrüße er das präventive Handeln, vor allem durch die Stadtplanung. So könne etwa durch bessere Planung verhindert werden, dass Parks im Sommer wegen fehlendem Schatten gemieden werden, wie er am Beispiel älterer Menschen im Bonhoeffer Zentrum erklärte. Insgesamt werde der Hitzeaktionsplan als wichtiger und sinnvoller Schritt gewürdigt.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass bereits viele Punkte schon gemacht wurden, auf die nun weiter aufgebaut werden können.

Stadtrat Niedermeier berichtet, er habe bei einem Besuch der mobilen Jugendarbeit beobachtet, dass sich viele Familien, insbesondere mit Migrationshintergrund, im Park unter den Bäumen aufhielten, was jedoch aufgrund des Mangels an Bäumen unzureichend sei. Er erinnerte daran, dass der Stadtrat bereits einmal eine Pflanzaktion durchgeführt habe und schlägt vor, erneut Bäume zu pflanzen, idealerweise in Zusammenarbeit mit den Bezirksausschüssen, die noch über Geld verfügen. Außerdem wies er darauf hin, dass mit der Fertigstellung neuer Wohnhäuser mit über 2000 Bewohnern die Nutzung des Parks zunehme und die jetzigen Maßnahmen nicht ausreichen. Kritisch bemerkte er, dass die Toiletten im Park geschlossen seien, was besonders für Familien problematisch sei, da dort auch Trinkwasser zur Verfügung stehen würde. Er regte an, die Toiletten zumindest zu Hauptzeiten zu öffnen und eine Aufsichtsperson einzusetzen, um Ordnung zu gewährleisten. Abschließend betont er, dass der Park mit diesen Verbesserungen, insbesondere mehr Bäumen und zugänglichen Toiletten, für Familien attraktiver gemacht werden soll.

Herr Schneider teilt mit, dass bereits geplant sei, weitere Bäume zu pflanzen, die zu 80 Prozent durch ein KfW-Förderprogramm unterstützt werden. Dabei werden nicht nur die Bäume, sondern auch die Pflanzung gefördert. Die finanzielle Situation werde natürlich berücksichtigt. Es seien größere Bäume vorgesehen, allerdings könne man

nicht sofort sehr große Bäume pflanzen, die sofort viel Schatten spenden, weshalb etwas Geduld nötig sei.

Er äußerte, dass die Sprühnebelanlagen hauptsächlich von Gastronomen entlang der Promenade betrieben werden, ähnlich wie in Italien. Außerdem merkt er an, dass Sportvereine sehr verantwortungsvoll mit dem Thema Hitze umgehen, insbesondere bei Sommerturnieren, wo auf Schatten, Kopfbedeckungen und regelmäßige Trinkpausen geachtet werde. Er betont, dass Sportvereine hier als Vorbilder dienen. Abschließend fand er es wichtig, die Menschen für das Thema Hitzeschutz weiterhin zu sensibilisieren.

Stadträtin Kürten möchte wissen, ob die Umsetzung der Maßnahmen des Hitzeplans allein von den personellen und finanziellen Möglichkeiten der Verwaltung abhängen und ob der Stadtrat dabei außen vor bleibe. Sie fragte, wie der Stadtrat den Hitzeplan begleiten und unterstützen könne, da das Thema für alle Fraktionen hohe Priorität habe. Zudem möchte sie wissen, ob die Verwaltung Vorschläge samt Kostenschätzung vorlege, wie priorisiert werde und welche Maßnahmen den größten Effekt haben.

Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass es keine Wunschliste für Maßnahmen gebe, sondern Vorschläge gemacht wurden. Trinkwasserspender und Brunnen seien sinnvoll und wünschenswert, verursachten jedoch Kosten für Anschaffung und Pflege. Es sei denkbar, mit zusätzlichem Personal an heißen Tagen die Informationsdichte in den Stadtteilen zu erhöhen. Die aktuelle Vorgehensweise solle ein Jahr lang erprobt und das Feedback der Einrichtungen eingeholt werden. Beim Bau neuer Schulen müsse Hitzeschutz von Anfang an berücksichtigt werden, etwa durch außenliegende Schattenelemente. Außerdem seien mehr kühle Aufenthaltsorte mit Sitzbänken und Schatten im Stadtgebiet sinnvoll, damit besonders ältere oder eingeschränkte Menschen unterwegs Pausen einlegen können. Die Nutzung kühler Kirchen an heißen Tagen werde bereits positiv wahrgenommen. Abschließend betont sie, dass man bei künftigen Vorschlägen stets an die heute besprochenen Punkte zum Hitzeschutz denken soll.

Stadträtin Kürten hakt nach, ob als nächstes eine Vorlage geplant sei, die aufzeige, wo es in der Stadt sinnvoll sei, Trinkwasserbrunnen oder Trinkwasserspender zu installieren und welche Kosten dadurch verursacht werden.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass Vorschläge für Maßnahmen vor Ort voraussichtlich weiterhin aus den Bezirksausschüssen kommen. Diese hätten solche

Maßnahmen bereits angefordert, und die INKB prüfe sie. Da die BZAs künftig wohl keine eigenen Bürgerhaushalte mehr habe, müssen die Bezirksausschüsse ihre Vorschläge direkt an die Verwaltung richten.

Stadträtin Kürten ist der Meinung, dass es ähnlich wie bei den Tennisanlagen sei.

Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass künftig Rundgänge mit Bürgerinnen, Bürgern und Bezirksausschüssen durch die Viertel stattfinden sollen, um vor Ort die Themen Klimaanpassung, Hitze und Starkregen zu besprechen. Dabei werde man gemeinsam Maßnahmen erarbeiten oder Hinweise sammeln. Diese Kleinarbeit vor Ort sei wichtig, da die Maßnahmen genau im jeweiligen Stadtteil platziert werden müssen.

Stadtrat Ettinger erinnert an das französisch benannte Vauban-Viertel, in dem vor jedem Haus ein Laubbaum stehe. Dieser spende im Sommer Schatten und lasse im Winter durch den Laubfall Licht an die Häuser, was eine einfache und wirkungsvolle Idee für klimafreundliches Bauen sei. Ihm habe das damals bei den Klima-Häusern in diesem Viertel sehr gut gefallen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechen dem Antrag befürwortet.

2 . 20 Jahre Bürgerhaus (Mündlicher Bericht Frau Leithner und Frau Nosse)

Frau Leithner und Frau Nosse führen anhand einer PowerPoint-Präsentation die Entwicklung des Bürgerhauses seit 2004 aus. Ebenso gehen sie auf die Bedeutung des Bürgerhauses der Stadt Ingolstadt ein. Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt. Des Weiteren sei ein Film gezeigt worden, was die Häuser in Ingolstadt so besonders mache.

Stadtrat Ettinger bedankt sich für den gelungenen Vortrag und lobte die Idee, eine Infrastruktur zu schaffen, an der Vereine ihre Projekte verwirklichen können. Er betont, dass es ökonomisch sinnvoll sei, Räume intensiv zu nutzen, anstatt dass jeder Verein eigene Räumlichkeiten unterhalte, die nur selten genutzt würden. Aus eigener Erfahrung mit dem Tierschutzverein berichtet er, wie schwierig es sei, geeignete Räume für Veranstaltungen zu finden und dass das Angebot in den vorgestellten Häusern eine gute und einfache Lösung darstelle. Er äußert Verständnis für die Automatenlösung, auch wenn es keine Gastronomie mehr gebe.

Stadtrat Werner habe den Eindruck gewonnen, dass die Arbeit mit sehr viel Herzblut ausgeführt werde und dadurch die Lebensqualität vieler Ingolstädterinnen und Ingolstädter verbessert werde.

Stadträtin Mader betont, dass das Herzblut und die Leidenschaft für das Bürgerhaus deutlich spürbar seien. Deshalb spreche die CSU-Stadtratsfraktion dem gesamten Team und allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern großen Dank aus.

Der mündliche Bericht wird bekanntgegeben.

- Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. -